



L A N D T A G
B R A N D E N B U R G

Woche der Brüderlichkeit 2009 im Land Brandenburg

Festveranstaltung zur Eröffnung
im Potsdamer Alten Rathaus
am 2. März 2009

Schriften des Landtages Brandenburg

Heft 1/2009



Woche der Brüderlichkeit 2009 im Land Brandenburg

Festveranstaltung zur Eröffnung
im Potsdamer Alten Rathaus
am 2. März 2009



Inhalt

Grußworte:

Gunter Fritsch

Präsident des Landtages Brandenburg

Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

Evangelischer Vorsitzender der Gesellschaft
für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Potsdam

Vladimir Genkin

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Potsdam

Festansprache:

Prof. Dr. Julius Schoeps

Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam

Mitwirkende:

Chor International Potsdam

unter Leitung von Wolfgang Puwalla

Musikalische Einführung

„Dos Kelbl“, „Tumbalalaika“

Musikalisches Zwischenspiel

„Salmo“, „Psalm in Jazz“

Musikalischer Ausklang

„Hashivenu“, „Jerusalem“

Gunter Fritsch

Präsident des Landtages Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren
Abgeordnete des Landtages und
der Stadtverordnetenversammlung,
sehr geehrte Mitglieder der Landes-
regierung,
sehr geehrter Herr Innenminister
Schönbohm,
sehr geehrter Herr Postier,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schoeps,
meine sehr geehrten Damen und Herren,



ich heiÙe Sie alle zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit im Land Brandenburg herzlich willkommen. Wir feiern nun schon das zehnte Mal die Woche der Brüderlichkeit, zu der ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften, darunter den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Potsdam, Herrn Genkin, und in diesem Jahr auch die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Frau Süsskind, begrüÙen darf. Seien Sie uns recht herzlich willkommen.

Ich freue mich, dass sich die Eröffnungsveranstaltung eines ungebrochenen Interesses offenbar sicher sein kann. Die Fülle des Saales zeugt davon. Das ist nicht zuletzt auch das Verdienst der Potsdamer Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, die - auch in Person ihres evangelischen Vorsitzenden, Herrn Dr. Schulze-Eggert - die Woche der Brüderlichkeit mit ihrem Engagement über die Jahre hinweg trägt. Es zeugt aber auch von den verlässlichen und guten Beziehungen der christlichen-jüdischen Gemeinden in unserem Land, die sich unter anderem durch diese Veranstaltung entwickelt haben.

Umso mehr bitte ich um Ihr Verständnis, nicht jeden Einzelnen hier begrüÙen zu können. Ein ganz besonderer Dank geht an den Chor International, der uns durch die heutige Veranstaltung begleiten wird. Der Chor setzt sich aus Mitgliedern mit unterschiedlichstem kulturellen Hintergrund zusammen, die ihr traditionelles Liedgut mit eingebracht haben. Er ist dafür im vergangenen Jahr mit dem Potsdamer Integrationspreis ausgezeichnet worden. Zu Recht, wie ich meine.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am gestrigen Sonntag hat Bundespräsident Horst Köhler auf der zentralen Veranstaltung im Hamburger Schauspielhaus den bundesweiten Auftakt zur Woche der Brüderlichkeit gegeben. Sie steht in diesem Jahr unter dem Leitmotiv: „1949 – 2009 So viel Aufbruch war nie“.

Ich meine: Das Motto ist gut gewählt, fallen in dieses Jahr 2009 doch allein mit der

Gründung der Bundesrepublik und der ersten friedlichen Revolution in unserem Land im Herbst 1989 zwei markante Aufbrüche, die uns Grund zur Freude geben.

Sie lassen sich aber in ihrer Tragweite nicht ohne die ebenfalls anstehenden Jahrestage, die vor 1949 lagen, verstehen. Die Erfahrungen der Französischen Revolution im Jahre 1789 und die Gründung der ersten deutschen Demokratie vor genau 90 Jahren beweisen, dass hoffnungsvolle Aufbrüche auch scheitern können, dass um Erfolge und ihren dauerhaften Bestand ständig gerungen werden muss.

Nirgendwo ist diese Erkenntnis bitterer als in Deutschland. Mit dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie scheiterte auch die Humanität in unserem Land, und niemand musste das bitterer erfahren als die Deutschen jüdischen Glaubens. Im Herbst 1939 waren es dann deutsche Generäle, deutsche Einsatzgruppen und deutsche Amtsträger, die die systematische Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden nach ganz Europa getragen haben.

Erst die Katastrophe der Shoa lässt begreifen, wie schwierig der Aufbruch für einen christlich-jüdischen Dialog im Jahr 1949 tatsächlich gewesen sein muss. Für die Deutschen christlichen Glaubens verband sich damit oftmals das Eingeständnis auch eigener Schuld. Von den Überlebenden - sei es im Land der Täter oder im Staat Israel - verlangte es Großmut und Zutrauen in die moralische Integrität des Menschen.

Der so unmittelbar nach Kriegsende begonnene Aufbruch im christlich-jüdischen Verhältnis war ein grundlegender; Fundamente des Vertrauens mussten erst gegossen, tragende Säulen des Dialogs neu errichtet werden, und – seien wir ehrlich – an den letzten Ausbauten eines vielfältigen, lebendigen christlich-jüdischen Alltags arbeiten wir noch heute. Wir arbeiten gemeinsam daran.

Dazu gehört auch die heutige Veranstaltung. Dazu gehört sicherlich die Errichtung der neuen Synagoge in Potsdam, die vor wenigen Wochen durch die Zusage der notwendigen Vorfinanzierung durch das Land endgültig gesichert werden konnte. Der Grundstein der neuen Synagoge wird dabei zugleich ein Grundstein für ein noch lebendigeres und sichtbarereres jüdisch-kulturelles Leben in unserem Lande sein.

Dazu gehört aber auch ein reger Jugendaustausch. Ein hervorragendes Projekt konnten wir dazu im vergangenen Jahr im Landtag in Form einer Ausstellung dokumentieren: Schülerinnen und Schüler aus Brandenburg, Polen und Israel haben dort gemeinsam die Lebenswege ihrer Großeltern nachgezeichnet und dazu im Vorfeld einander in ihren Heimatländern besucht. Wir brauchen diesen Austausch der jungen Generation, das Begreifen der jeweils anderen Kultur am authentischen Ort. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erfahrung der erwachsenen Generation auf unsere Jugend übertragen wird. Wenn wir diesen Lehrauftrag nicht wahrnehmen, öffnen wir der Wiederholung der Geschichte Tür und Tor. Das dürfen wir nicht zulassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in diesem Jahr das 60-jährige Bestehen unserer Staatlichkeit und im kommenden Jahr den 20. Jahrestag der deut-

schen Einheit feiern, dann dürfen wir nicht vergessen, dass der Staat Israel auch heute - so lange nach seiner Gründung - noch nicht in Frieden leben kann.

Wir haben seit 1949 viel im Verhältnis zwischen Christen und Juden erreicht. Und auch das sollte uns ein Grund zu echter Freude sein. Wir dürfen in unserer Arbeit nicht nachlassen, wenn wir nicht nur aus Anlass runder Jahrestage, sondern nach jedem Jahr rückblickend sagen wollen: So viel Aufbruch war nie! - Lassen Sie uns das gemeinsam tun – Ich danke Ihnen.

Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert
Evangelischer Vorsitzender der
Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit in Potsdam



Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Verfassungsgerichts-
präsident,
sehr geehrter Herr Minister Schönbohm,
sehr verehrte Frau Süsskind,
sehr verehrte Frau Professor Weiss,
sehr geehrte Abgeordnete und
Stadtverordnete,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie alle begrüße ich sehr herzlich im Namen der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit in Potsdam. Besonders begrüße ich Sie, Herr Prof. Schoeps, und danke Ihnen dafür, dass Sie so bereitwillig und prompt bereit waren, heute den Festvortrag zu übernehmen. Ich freue mich auch sehr über den Chor International unter der Leitung von Dr. Wolfgang Puwalla und danke Ihnen für die viele Mühe und Sorgfalt, mit der Sie sich auf diesen Auftritt vorbereitet haben.

Alle Jahre wieder die Woche der Brüderlichkeit. Brauchen wir sie wirklich? - Ich denke ja, vor allem als Zeichen christlich-jüdischer Gemeinschaft. Aber sie sollte uns auch daran erinnern, dass uns die Geschwisterlichkeit nicht abhanden kommen darf. Das ist nicht selbstverständlich, denn sie ist immer gefährdet in einer demokratischen Gesellschaft, in der ständig gekämpft und gestritten wird - nicht nur in Wahlkämpfen, wie besonders in diesem Jahr, sondern nahezu täglich um die richtigen Entscheidungen und um den richtigen Weg. Das ist auch notwendig und gut so, nur muss die Geschwisterlichkeit bei diesem Streit gewahrt bleiben. Das heißt, gewahrt bleiben muss das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Konsens im Grundsätzlichen, die Solidarität in der Gemeinschaft, letztlich die Liebe zum Nächsten. Und das geht auch zusammen, wie ich meine, der Streit um den richtigen Weg und die Liebe zum Nächsten, wenn wir nur sorgfältig damit umgehen.

„1949 - 2009 So viel Aufbruch war nie“. Der Aufbruch der christlichen Kirchen gegenüber dem Judentum ist bis heute nicht abgeschlossen, wie wir gerade in den letzten Wochen und Monaten sehr schmerzlich haben erfahren müssen. Ich will darüber nicht referieren, aber der erste Aufbruch der christlichen Kirchen, schon 1947 in einer internationalen Konferenz von Christen und Juden in Seelisberg, am Vierwaldstätter See, ist in seinen zehn Thesen so wunderbar klar und einfach, dass ich sie gerne festhalten und Ihnen die ersten vier Seelisberger Thesen vorlesen möchte:

1. Es ist hervorzuheben, so heißt es dort, dass ein und derselbe Gott durch das Alte und das Neue Testament zu uns allen spricht.

2. Es ist hervorzuheben, dass Jesus von einer jüdischen Mutter aus dem Geschlechte Davids und dem Volke Israel geboren wurde und dass seine ewige Liebe und Vergebung sein eigenes Volk und die ganze Welt umfasst.
3. Es ist hervorzuheben, dass die ersten Jünger, die Apostel und die ersten Märtyrer Juden waren.
4. Es ist hervorzuheben, dass das höchste Gebot für die Christenheit, die Liebe zu Gott und zum Nächsten, schon im Alten Testament verkündigt, von Jesus bestätigt, für beide, Christen und Juden, gleich bindend ist, und zwar in allen menschlichen Beziehungen und ohne jede Ausnahme.

Erstmals haben Christen und Juden diese Thesen gemeinsam formuliert, und so ist auch etwas Gutes daraus geworden. - Aus der Seelisberger Konferenz ging der "Internationale Rat der Juden und Christen" hervor, abgekürzt ICCJ, die Dachorganisation von heute immerhin 32 nationalen Vereinigungen für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Der ICCJ beschäftigt sich interessanterweise zurzeit mit einer Überarbeitung dieser Seelisberger Thesen und wird das Ergebnis auf seiner Jahrestagung, die Anfang Juli in Berlin stattfinden wird, vorlegen. Sie sehen, meine Damen und Herren, der Aufbruch von 1947 führte auf einen Weg, der bis heute fortgesetzt werden muss.

Ein Beispiel guter christlich-jüdischer Zusammenarbeit in Potsdam ist die gemeinsame Arbeit im Bauverein für eine neue Synagoge. Wir hoffen - der Landtagspräsident sagte es schon -, dass sie tatsächlich bis 2012 gebaut werden kann. Aber wir brauchen dafür viel Geld. Nähere Informationen finden Sie im Vorraum auf zwei Plakatwänden und in einer Broschüre, die Sie als „Baustein“ im Sinne einer Spende erwerben können.

Lassen Sie mich noch auf zwei weitere Veranstaltungen in der Woche der Brüderlichkeit hinweisen, die Sie auf der Rückseite Ihrer Einladung finden. Am Mittwoch zeigen wir um 19 Uhr in der jüdischen Gemeinde den kurzen Dokumentarfilm „Das Singen im Dom“, ein schönes Beispiel christlich-jüdischer Zusammenarbeit bereits in den achtziger Jahren zwischen dem Magdeburger Domchor und dem jüdischen Oberkantor Estrongo Nachama aus Berlin. Ein sehr anrührender, ein sehr schöner Film. Der damalige Kameramann, Karl-Joachim Farber, wird berichten, wie der Film entstanden ist. - Am Donnerstag, um 19 Uhr, wird uns Prof. Thomas Brechenmacher in der Stiftungsbuchhandlung sein neues Buch „Deutschland, jüdisch Heimatland“ vorstellen, die wechselvolle Geschichte der deutschen Juden vom Kaiserreich bis heute. - Sie alle sind dazu herzlich eingeladen.

Zum Abschluss bedanke ich mich sehr herzlich beim Landtagspräsidenten und bei seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die erneute wohlwollende Unterstützung, ohne die wir heute hier in diesem Saal nicht tagen könnten, ohne die wir anschließend nicht zu einem kleinen Empfang im Vorraum eingeladen wären und ohne die es später auch keine Broschüre gäbe, in der die Reden dieser Feierstunde veröffentlicht werden. Finanziell unterstützt hat uns auch regelmäßig das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Auch dafür herzlichen Dank!

Nun wünsche ich mir, dass bei allem Streit in den bevorstehenden Wahlkämpfen und über den richtigen Weg aus der Wirtschaftskrise das Gefühl der geschwisterlichen Gemeinschaft nicht verlorengeht.

Vielen Dank!

Vladimir Genkin

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde
Potsdam

Sehr geehrter Herr
Landtagspräsident Fritsch,
sehr geehrter Herr Minister Schönbohm,
sehr geehrte Vertreter der Landes-
regierung und der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Abgeordnete
und Verordnete,
sehr geehrte Vorsitzende der Jüdischen
Gemeinde zu Berlin Frau Süsskind,
sehr geehrter Herr Vorsitzender der
Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit Dr. Schulze-Eggert,
sehr geehrte Damen und Herren,



im Namen der Jüdischen Gemeinde der Stadt Potsdam begrüße ich Sie sehr herzlich zur Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit“. Die heutige Veranstaltung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Toleranz, zum Verständnis und zur Friedfertigkeit zwischen den Menschen, welche unterschiedliche Glauben und Traditionen haben. Das Motto der diesjährigen Woche der Brüderlichkeit lautet: „1949 - 2009 So viel Aufbruch war nie“.

In diesen Jahren hat die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung des Judentums in Deutschland geleistet. Dies betrifft in vollem Maße auch unsere 18-jährige Zusammenarbeit mit der christlich-jüdischen Gesellschaft in Potsdam bei der Wiederherstellung der Jüdischen Gemeinde in Potsdam.

In der Zeit des Nazismus wurde die jüdische Bevölkerung beraubt, vertrieben oder umgebracht. Auch in Potsdam gab es die jüdische Gemeinde nicht mehr. Die in der Pogromnacht geschändete Synagoge wurde im April 1945 durch Brandbomben zerstört und später abgerissen.

Gleich nach der Wende 1989 wanderten Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ein, und seit 1991 gibt es wieder jüdische Gemeinden in Potsdam und im Land Brandenburg.

Die jüdischen Einwanderer aus den GUS-Staaten bekamen in Deutschland die Möglichkeit, das religiöse und kulturelle Erbe des jüdischen Volkes wiederzubeleben, im Gegensatz zum Auszugsland. Bedauerlicherweise sind diese Möglichkeiten in Potsdam in Ermangelung der notwendigen Räumlichkeiten, wegen des Fehlens einer Synagoge und eines Gemeindezentrums sehr begrenzt.

Das Engagement der Jüdischen Gemeinde, der Christlich-Jüdischen Gesellschaft,

des Bauvereins „Neue Synagoge Potsdam“, der Landesregierung und der Stadt Potsdam führte dazu, dass das Grundstück in der Schloßstraße 1 für eine neue Synagoge und ein Gemeindezentrum zur Verfügung gestellt wird. Die Landesregierung fasste den Beschluss, die Planung und den Bau zu finanzieren. Ein Architektenwettbewerb für den Neubau wurde europaweit verkündet. Endlich erscheint das Licht am Ende des Tunnels nach 18-jährigem Ringen. Wir hoffen, dass im Jahre 2012 zum 20. Jahrestag der Brandenburger Verfassung und nach dem 20. Jahrestag der Jüdischen Gemeinde im historischen Stadtzentrum von Potsdam die erste neu gebaute Synagoge mit Gemeindezentrum im Land Brandenburg fertiggestellt wird.

Zum Schluss möchte ich im Namen der Jüdischen Gemeinde der Stadt Potsdam allen, die Hilfe und Unterstützung geleistet haben und mit Rat und Tat an unserer Seite standen, für ihre echte Brüderlichkeit herzlichen Dank aussprechen.

Wir wünschen uns, dass diese Zusammenarbeit auch in Zukunft erhalten bleibt!
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Friede sei mit Ihnen! - S C H A L O M !

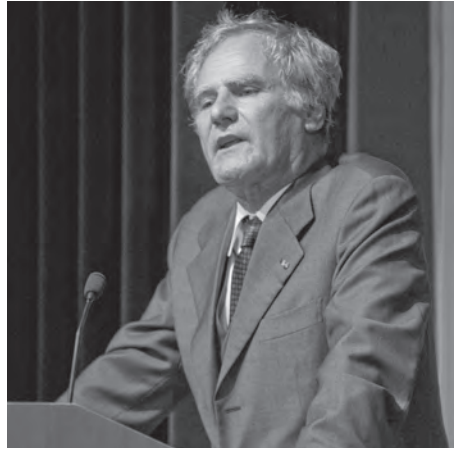
Prof. Dr. Julius Schoeps

Direktor des Moses Mendelssohn
Zentrums Potsdam

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Minister,
verehrte Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Dr. Schulze-Eggert,
sehr geehrter Herr Genkin,
liebe Lala Süsskind,

wenige Monate nach seiner Befreiung
aus dem KZ Theresienstadt bemerkte
Rabbiner Leo Baeck, einer der führen-
den Repräsentanten des deutschen

Vorkriegsjudentums: "Für uns Juden aus Deutschland ist eine Geschichtsepoche zu
Ende gegangen. Eine solche geht zu Ende, wann immer eine Hoffnung, ein Glaube,
eine Zuversicht endgültig zu Grabe getragen werden muss. Unser Glaube war es,
dass deutscher Geist und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und
durch ihre Vermählung zum Segen werden können. Dies war eine Illusion - die Epo-
che der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei".¹



Diese zutiefst pessimistische Prophezeiung Leo Baecks ist nicht in Erfüllung gegan-
gen. Es kam anders. Tausende von Juden aus Osteuropa, die die Vernichtungslager
überlebt hatten, strömten nach Kriegsende aus Angst vor Pogromen in die westli-
chen Besatzungszonen, wo sie in DP-Lager wie Föhrenwald, Straubing oder Lands-
berg eingewiesen wurden. Sie waren Gestrandete, DPs (Displaced Persons), die das
Nachkriegsdeutschland als Durchgangsstation auf dem Weg nach Palästina oder in
Länder wie die Vereinigten Staaten, Australien oder Brasilien ansahen. Sie nannten
sich selbst "Sche'erith Haplejta", was so viel heißt wie "Rest der Geretteten".

Rachegefühle und quälende Erinnerungen. Unmittelbar nach Kriegsende war es
für Juden in der Tat schwer, sich auf deutschem Boden einzurichten. Dennoch hat
sich in den von den Alliierten eingerichteten DP-Lagern eine spezifisch jüdische Kul-
tur entwickelt - mit Theater- und Musikgruppen und einem ausgeprägten politischen
Leben. Neu gegründete Zeitungen und Zeitschriften, die teilweise auf hohem Niveau,
aber meist sehr kurzlebig waren, trugen Namen wie "Hem-shekh" [Fortbestand], "Ji-
disze Cajtung" oder "Undzer Weg"

Rachegefühle und Verzweiflungstaten bestimmten vielfach das Alltagsleben der aus
Osteuropa stammenden Juden. Da gab es zum Beispiel die Gruppe "Nakam" um
Abba Kovner, einem der Anführer des bewaffneten Aufstandes im Wilnaer Ghetto,

¹ Passage einer Rede, die Leo Baeck am 4. Dezember 1945 vor einer Ver-
sammlung der American Federation of Jews from Central Europe in New
York hielt

die den Plan fasste, die Wasservorräte in Nürnberg zu vergiften.² Oder es gab den tragischen Fall eines polnischen Juden, der im sicheren Hafen der amerikanischen Zone von seinen Erinnerungen eingeholt von Zeit zu Zeit von einem Wutanfall gepackt wurde und wahllos auf jeden, der in seine Nähe kam, einschlug.

Fälle wie diese waren hilflose Versuche, mit den quälenden Erinnerungen fertig zu werden. Man wehrte sich, ahnte aber gleichzeitig, dass man niemals dieser Welt angehören würde, und man wollte es auch nicht. Mit den wenigen deutschen Juden, die überlebt hatten oder nach Deutschland zurückgekehrt waren, gab es kaum Berührungspunkte. Die DPs blieben der Welt der Lager verhaftet, und nur wenige fanden den Weg in die deutsche Gesellschaft. Von den rund 250 000 bis 300 000 aus Osteuropa stammenden DPs haben sich nur rund 15 000 für ein weiteres Verbleiben in Deutschland entschieden.

Aber auch die deutschen Juden, die das Grauen der Lager überstanden, in privilegierter Mischehe überlebt oder aus dem Exil zurückgekommen waren, hatten Schwierigkeiten, sich in der Nachkriegsgesellschaft zurechtzufinden. Die Umgebungsgesellschaft verhielt sich ablehnend bis feindlich. Im Wuppertaler Gemeindeblatt erschien zum Beispiel im Mai 1947 unter der Überschrift "Es hat sich nichts geändert" eine zutiefst pessimistische Einschätzung der Situation: "Stellen wir uns vor, Deutschland wäre nicht besetzt, dann wären Pogrome an der Tagesordnung ..."

Dass solche Einschätzungen nicht übertrieben waren, belegt eine Reihe für sich sprechender Beispiele. Da wird ein aus einem Konzentrationslager befreiter Häftling, der noch Lagerkleidung trägt, nach der Rückkehr in seine Heimatstadt auf der Straße angepöbelt. Oder ein Rückkehrer aus dem Exil macht die Erfahrung, dass nach wie vor alte Nazis in wichtigen Stellungen sitzen und es teilweise dieselben Beamten sind, die einige Jahre zuvor die Ausbürgerung verfügt hatten, die jetzt über die Anträge zur Wiedereinbürgerung entscheiden. Für diejenigen, die sich nach 1945 der Prozedur einer solchen Beantragung unterziehen mussten, war das vielfach geradezu ein Schock.

Von den rund 230 000 deutschen Juden, die nach 1933 auswandern konnten, ist nur ein ganz geringer Bruchteil von vorwiegend älteren Menschen zurückgekehrt. Meist waren es Menschen, die in ihrem Einwanderungsland weder wirtschaftlich noch kulturell hatten Fuß fassen können. Sie entschlossen sich, in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Zur Remigration hätten sich gewiss mehr entschlossen, wenn ein Bundespräsident oder Bundeskanzler in den ersten Nachkriegsjahren die aus dem Land gejagten deutschen Juden expressis verbis zur Rückkehr eingeladen hätte. Eine solche Aufforderung hat es jedoch nicht gegeben.

So kam es, dass in den Jahrzehnten vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur zirka 30 000 Juden im Nachkriegsdeutschland (in der DDR waren es nur wenige hundert) lebten. Es war eine Gemeinschaft, deren Mitglieder sich mehr schlecht als recht mit den Verhältnissen arrangiert hatten. Sie saßen - wie es lange Jahre

² Vgl. Jim G. Tobias/Peter Zinke, Nakam. Jüdische Rache an NS-Tätern, Hamburg 2000, S. 23 ff

quasi als Ausrede benutzt wurde - auf "gepackten Koffern". Sie verstanden sich nicht wie die deutschen Juden vor 1933 als "deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens", sondern definierten sich in erster Linie als Juden, dann erst, wenn überhaupt, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Die schwierigen und teilweise chaotischen Nachkriegsjahre spiegeln sich in der Entwicklung der Berliner Gemeinde. Lagerüberlebende wie Hans-Erich Fabian und Heinz Galinski, der die Gemeinde über vier Jahrzehnte leitete, waren bemüht, das Gemeindeleben wieder in Gang zu bringen. Sie hatten dabei nicht nur mit den allgemeinen Versorgungs- und Unterbringungsproblemen zu kämpfen, sondern auch mit einer Gemeinde, die sich selbst keine Zukunft gab. Bereits in der ersten Ausgabe der Berliner Gemeindezeitung "Der Weg" wurde das Problem thematisiert, das jeden Juden beschäftigte - ob es möglich sei, in diesem Land zu bleiben, oder ob die Auswanderung zwingend sei. Für Letzteres sprach, dass sich die Gemeinde zeitweilig selbst als eine "Liquidationsgemeinde" bezeichnete.

Grenzen des Aufeinanderzugehens. Unmittelbar nach 1945 dachten die Amerikaner, es sei möglich, mittels Entnazifizierungs- und Umorientierungsprogrammen die Deutschen zu Demokraten umzuerziehen. Diese Vorstellung war in gewisser Weise naiv, da diese Politik eher Widerstand auslöste als wirkliche Umdenkungsprozesse und Bewusstseinsveränderungen zur Folge hatte. Die Daten einer Umfrage aus dem Jahr 1951 zum Beispiel lassen erkennen, dass die Mehrheit der deutschen Nachkriegsbevölkerung die Umerziehungspolitik vehement ablehnte. Bezeichnend waren die Ergebnisse dieser Umfrage. Von den damals Befragten waren 42 Prozent der Ansicht, es sei Deutschland in diesem Jahrhundert während der Jahre 1933 bis 1938 am besten gegangen – und 70 Prozent waren der Überzeugung, am schlechtesten sei eigentlich die Nachkriegszeit gewesen, also die Jahre zwischen 1945 und 1948.

Letztlich hat die Entnazifizierung das Gegenteil von dem bewirkt, was die Besatzungsmächte mit ihr eigentlich bezweckt hatten. Persönliche und kollektive Schuldgefühle wurden zunehmend verdrängt. Insbesondere der Mord an den Juden schien überhaupt nicht stattgefunden zu haben. Im Stuttgarter Schuldbekennnis der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) vom Oktober 1945 wurde zwar die Mitschuld an den Verbrechen der NS-Zeit eingestanden, der Massenmord an den Juden aber mit keinem einzigen Wort erwähnt. Ähnlich waren die Verlautbarungen der katholischen Kirche, die sich im Nachhinein so lesen, als hätten die deutschen Katholiken mit den Nazis nichts im Sinn gehabt und als ob die katholische Kirche letztlich diejenige Institution gewesen sei, die den Widerstand geleistet und Schlimmeres verhütet hätte.

In diesem Klima der Verdrängung und Schuldabwehr wurde die Idee der christlich-jüdischen Zusammenarbeit geboren. Die Idee entstand - und das ist das Bemerkenswerte an ihr - nicht in Deutschland, sondern kam von außen, und zwar aus den Vereinigten Staaten. Der Zeithistoriker Josef Foscaphoth hat in einer vor einigen Jahren erschienenen Studie³ nachgewiesen, dass sie Teil des Umerziehungs- und Demokratisierungskonzepts der amerikanischen Besatzungsmacht war.

³ Josef Foscaphoth, Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Göttingen 1993

In Absprache mit Lucius D. Clay, dem US-Militärgouverneur, hatte damals die National Conference of Christians and Jews (NCCJ) Carl F. Zielow, einen methodistischen Pfarrer aus Minnesota, 1947 nach Deutschland entsandt, damit er Hilfestellung bei der Gründung der ersten Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit leiste. Die ersten Vereinsgründungen erfolgten denn auch mit Mitteln und logistischer Unterstützung der amerikanischen Militärbehörden.

Die Motive für das Engagement der Nichtjuden in den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit waren und sind äußerst unterschiedlicher Natur. Von Anfang an spielte die Bekämpfung des Antisemitismus eine wichtige Rolle, doch gingen und gehen die Meinungen darüber auseinander, wie und auf welche Weise das zu geschehen habe.

Neben denjenigen, die den Antisemitismus überall dort bekämpfen wollen, wo sie ihn antreffen, gab und gibt es nicht wenige, die Antisemitismus für Dummejungenstreiche halten und vor öffentlichen Aktionen warnen, da diese ihrer Ansicht nach den Antisemitismus nur stärken – wie eine der typischen Formeln lautet – und den „jüdischen Freunden“ nur schaden würden. Sie sehen den Sinn christlich-jüdischer Zusammenarbeit hauptsächlich darin, der Welt zu beweisen, dass mit dem Untergang des Hitler-Regimes der „gute“ Deutsche sich durchgesetzt habe und das antisemitische Vorurteil im Abnehmen begriffen sei.

Den wenigen Juden oder Jüdinnen, zum Beispiel der Sozialdemokratin Jeanette Wolff (1888 - 1976), die sich in der Nachkriegszeit in den entstehenden Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit engagierten, wuchs die Rolle der „Vermittler“ oder „Brückenbauer“ zu (Kritiker nannten sie deshalb „Alibijuden“). Sie streckten die Hand zur Versöhnung aus und vertrauten auf die „Solidargemeinschaft der guten Deutschen“ – so Joseph Foschepoth.

In gewisser Weise dachten sie ähnlich wie die nichtjüdischen Deutschen, wenn sie von der gemeinsamen Opferrolle von Juden und Christen sprachen und sich gegen die Kollektivschuldthese wandten. Mag sein, dass manche dabei instrumentalisiert wurden und sich für etwas hergaben, was sie nicht durchschauten. Andererseits hat bei einigen hinter diesem Bemühen der durchaus nachvollziehbare Wunsch gesteckt, wieder als gleichberechtigte Mitglieder in die Gemeinschaft der Deutschen aufgenommen zu werden.

Was den Dialog zwischen Christen und Juden angeht, so darf nicht übersehen werden, dass Christen und Juden bis heute unterschiedlich an diesem beteiligt sind. Für Christen war und ist der Dialog ein existenzielles Anliegen und zugleich ein theologisches Problem, während für Juden der Dialog mit den Christen nicht unbedingt notwendig ist und vielfach eigentlich nur deshalb geführt wurde und wird, um diesen zu helfen, ihr Verhältnis zu den Juden neu zu bestimmen. In den Nachkriegsjahren waren es auf nichtjüdischer Seite nur Einzelne, die das erkannten. Die Mehrzahl der Pfarrer, Bürgermeister und Abgeordneten glaubten meist, sie seien beruflichen Positionen und Funktionen schuldig, sich in den damals entstehenden Gesellschaften zu engagieren. Ein wirkliches Anliegen war es ihnen allerdings nicht.

Konversionen als Nach-Shoa-Phänomen. Im Zusammenhang der Erörterung des christlich-jüdischen Verhältnisses in der Nachkriegszeit sollte ein eigenartiges Phänomen benannt werden, das nach 1945 einsetzte und bis heute fortlebt und für Irritationen sorgt. Bei den wiedererstandenen Gemeinden meldeten sich in den Nachkriegsjahren zahlreiche Nichtjuden, die den Wunsch äußerten, zum Judentum überzutreten. In den Gemeinden mit ihrer zusammengewürfelten Mitgliedschaft, die sowieso schon Schwierigkeiten hatte, sich in der deutschen Nachkriegswelt zurechtzufinden, löste dieses Ansinnen Verblüffung, aber auch Verwirrung aus.

Allein in Berlin, so berichtet Nathan Peter Levinson, der 1950 das Amt des Rabbiners in Berlin antrat, fanden sich mehr als sechstausend Konvertierungsanträge.⁴ Einige der Antragsteller waren wohl, wie Levinson geargüwöhnt hat, Opportunisten, denen es einzig und allein um die Zuteilung von CARE-Paketen ging. Aber es gab auch eine beträchtliche Gruppe, der Levinsons besondere Sympathie galt, deutsche Frauen nämlich, die mit jüdischen DPs zusammenlebten: "Für jüdische DPs, die deutsche Frauen heirateten, war es selbstverständlich, dass sie jüdische Kinder haben sollten, also mussten die Frauen konvertieren."

In den späteren Jahren nahm die Anzahl der Konversionen zu. Hierbei dürfte der Philosemitismus der Nachkriegszeit⁵ bei dem Einen oder Anderen den Anstoß gegeben haben. Auffallend ist, dass diejenigen, die sich zur Konversion entschlossen, sich nicht nur liberalen, sondern teilweise auch orthodoxen Gemeinden anschlossen. Der spektakulärste Fall, über den nur hinter vorgehaltener Hand getuschelt wurde, ist der des bekannten Alttestamentlers Georg Fohrer (1915-2002), der nach seiner Emeritierung mit seiner ganzen Familie zum Judentum übertrat und sich in Jerusalem niederließ. Die Entscheidung des Gelehrten löste geradezu ein Beben in der protestantischen Welt aus.

Auffällig ist, dass eine Reihe christlicher Theologen nicht nur zum Judentum übertrat, sondern sich auch zum Rabbiner beziehungsweise zur Rabbinerin ausbilden ließ. Der Fall, der am meisten Aufsehen erregte, war der des Wolfgang Schmidt, der zunächst evangelische Theologie studierte, dann zum Judentum übertrat und sich in Cincinnati am Hebrew Union College zum liberalen Rabbiner ausbilden ließ. Schmidt, der den Namen Aharon Shear-Yashuv annahm, ging anschließend nach Israel in eine Yeshiva und ließ sich von Zwi Jehuda Kook zum orthodoxen Rabbiner ausbilden.⁶ Anschließend arbeitete er als Professor für Philosophie an der Bar Ilan University und als Armee-Rabbiner. In Israel ist er heute ein akzeptierter Gesprächspartner.

Will man für die Mehrzahl der Übertritte und den enormen religiösen Eifer mancher Konvertiten einen plausiblen Grund finden, so wird man ihn unter anderen in den

4 Vgl. Nathan Peter Levinson, *Ein Ort ist, mit wem du bist. Lebensstationen eines Rabbiners*, Berlin 1996, S.126 f.

5 *Philosemitismus und Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart*, hrsg. von Irene A. Diekmann und Elke V. Kotowski, Berlin 2009, S. 437 ff

6 Vgl. Phina Navè Levinson, *Der Technion-Rabbiner in Haifa*, in: Aharon Shear-Yashuv, *Religion, Philosophy and Judaism*, Bd. 1: *From Christianity to Judaism, Theological and Philosophical Articles*, Jerusalem 1987, S.194 f.

massiv vorhandenen Schuldgefühlen und Gewissensnöten zahlreicher Nicht-Juden suchen müssen, die sich in der Rolle der Täter-Nachkommen nicht wohlfühlen und sich dieser Rolle entledigen wollen. Um das zu erreichen, geht man unterschiedlichste Wege und versucht beispielsweise, eine "jüdische" Position jenseits jeder Wirklichkeit zu entwickeln, die häufig Kopfschütteln auslöst.

Die Überidentifikation mit dem Judentum ist eine der fatalen Folgen. Der Fall des Schweizer Binjamin Wilkomirski, alias Bruno Doessekker, der eine Kindheitsgeschichte im Ghetto erfand, machte Schlagzeilen. Auf einer Konferenz, die das Moses Mendelssohn Zentrum vor einigen Jahren ausrichtete, befassten wir uns mit den falschen und eingebildeten Erinnerungen an die Shoa.⁷ Die Fälle, die auf der Konferenz behandelt wurden, machten deutlich, dass die Verkrampftheit im Umgang mit der NS-Vergangenheit Dimensionen angenommen hat, die ein unvoreingenommener Betrachter nur noch als krankhaft bezeichnen kann.

Der gespenstischste Fall von Überidentifikation mit dem Judentum ist wohl der einer Studentin am Kölner Martin-Buber-Institut, die Ende Januar 1984 während einer Seminarveranstaltung eine Pistole aus einem mitgebrachten Plastikbeutel zog und mehrere Schüsse auf den Judaisten Hermann Greive abfeuerte. Dieser, ein Gelehrter von Rang, erlag wenig später den erlittenen Verletzungen.

Wie sich herausstellte, war die Täterin eine Studentin der Judaistik. Sie hatte am Martin-Buber-Institut studiert und das Studium mit der Note "sehr gut" abgeschlossen. Irgendwann war diese Studentin, die sich durch Unauffälligkeit ausgezeichnet hatte, zum Judentum übergetreten. Auf Greive schoss sie deshalb, weil sie es in ihrer neuen Rolle als Jüdin offensichtlich nicht ertrug, dass Christen Judaistik unterrichten. Es war zweifellos die Tat einer Geisteskranken oder sagen wir besser: einer religiös Verwirrten. Der Fall ist ein Beleg dafür, dass das Verhältnis von Juden und Nichtjuden im Deutschland der Gegenwart zutiefst gestört ist.

Das Problem, das Juden mit den Neujuden haben – mit Neujuden sind die Konvertiten gemeint – ist, dass beide sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Judentum haben. Die einen definieren ihre Zugehörigkeit zum Judentum historisch, die anderen sehen Judentum in erster Linie als Konfession an. Zwischen diesen beiden Vorstellungen liegen Welten. Diejenigen, die sich als Mitglieder einer Schicksalsgemeinschaft ansehen und sich durch die jahrtausendalte Verfolgungsgeschichte der Juden zusammengeschweißt sehen, können nur wenig anfangen mit irgendwelchen theologisch-dogmatischen Positionen, die viele Neujuden glauben propagieren zu müssen.

Dass das Verhältnis von Juden, Neujuden und Nichtjuden heute so anormal ist, hängt vor allem mit dem Bild zusammen, das sich die nichtjüdische Gesellschaft von den Juden und dem Judentum macht. Es ist ein äußerst problematisches Bild, ein

⁷ Siehe zu diesem und ähnlich gelagerten Fällen vgl. Irene Dieckmann und Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Das Wilkomirski-Syndrom. Eingebildete Erinnerungen oder Von der Sehnsucht, Opfer zu sein*, Zürich/München 2002

schiefes Bild, das mit der Wirklichkeit nur wenig und mit der Wirklichkeit des einstigen deutschen Judentums schon gar nichts zu tun hat. Die nicht-jüdische Welt phantasiert sich in Ermangelung eines Bildes von lebenden Juden ein Judenbild zusammen, das irgendwo zwischen dem "fiddler on the roof", der Karikatur des jiddelnden Schnorrers und dem für die Orthodoxie stehenden osteuropäischen Kaftan-Juden angesiedelt ist.

Juden im getrennten, Juden im vereinten Deutschland. Anders als im Westen verlief die Entwicklung im Osten. Erwähnenswert ist beispielsweise die Entwicklung in Ost-Berlin, wohin nach 1945 zahlreiche Juden aus dem Ausland zurückkehrten. In der Regel waren es Sozialisten, die beseelt waren von der Idee, mitzuhelfen, eine neues, ein demokratisches Deutschland aufzubauen. Zu den bekanntesten Männern und Frauen dieser Rückkehrergruppe gehörten der Romancier Arnold Zweig, die Dichterin Anna Seghers und der Schriftsteller Stefan Heym. Berücksichtigt man jedoch die tatsächlichen Zahlen, stellt man fest, dass es alles in allem jedoch nicht mehr als ungefähr 3.500 Juden, oder sagen wir besser: Menschen jüdischer Herkunft waren, die sich in der SBZ/DDR niederließen.

Die Hoffnung auf ein friedliches Leben in der DDR war jedoch trügerisch. In den Jahren 1952/1953 setzte eine Massenflucht ein. Die Gemeinden verloren zahlreiche Mitglieder. Der Grund dafür war, dass im Zuge des Slansky-Prozesses in der ČSSR und des von Stalin in Moskau inszenierte Ärzte-Prozesses Antisemitismus und Antizionismus aufflammten. Im Vorfeld war es zu Durchsuchungen von Privatwohnungen und Gemeindebüros gekommen.

Für Irritationen hatte auch gesorgt, dass Parteimitglieder wegen ihrer jüdischen Herkunft zunehmend Probleme bekamen und aus der Partei ausgeschlossen wurden. Helmut Eschwege, ein Zeitzeuge, der diese Jahre hautnah miterlebt hatte, schilderte, wie Panik um sich griff und regelrecht Angst die Menschen erfasste. Wer konnte, setzte sich über die Sektorengrenze in den Westen ab. "Unbekannt verzogen" hieß das dann in der Amtssprache, deren Formulierungen in der DDR nicht anders als in der alten Bundesrepublik waren.⁸

Es waren nur wenige, die sich für ein Verbleiben im sozialistischen Teil Deutschlands entschieden. In der neu gegründeten "Jüdischen Gemeinde für Groß-Berlin", die sich in den Büros in der Oranienburger Straße einrichtete, waren fast alle vom Magistrat eingesetzten neuen Amtsträger verlässliche Mitglieder der SED. Bezeichnend für die negative demografische Entwicklung der Ost-Berliner Gemeinde ist eine statistische Erhebung aus dem Jahre 1974. Nach dieser lag das Alter bei 90 Prozent der 450 Gemeindemitglieder zwischen 55 und 90 Jahren.

Das jüdische Leben in Deutschland-West und in Deutschland-Ost war bis zum Fall der Mauer im Herbst 1989 dem Leben in einem Biotop vergleichbar. Nach anfäng-

⁸ Vgl. Helmut Eschwege, *Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation. Hitlerdeutschland auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953 (= Arbeitsmaterialien zur Geistesgeschichte, 4)*, Duisburg 1988, S. 63 ff.

lichen Reibereien hatte man sich halbwegs arrangiert. Jeder der beiden Staaten hegte und pflegte „seine“ Juden. Die Gründe, das zu tun, waren unterschiedlich, lasen sich aber nachvollziehen. Die Juden wiederum hatten das Gefühl, unbehelligt in den beiden Deutschland vor der Vereinigung leben zu können. Man verlangte ihnen ab, ein wie auch immer geartetes „deutsches“ Bekenntnis abzulegen.

Erleichtert wurde das dadurch, dass beide Staaten quasi besetzte Staaten waren. Den Juden in der Bundesrepublik und denjenigen in der DDR bot die eingeschränkte Souveränität, das heißt die Anwesenheit der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, einen gewissen Schutz, der es ihnen gestattete, sich ohne größere Ängste im Nachkriegsdeutschland aufzuhalten. So paradox das erscheinen mag, aber in der Vorstellungswelt der Juden sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in der DDR war es tatsächlich so, dass sie sich durch diesen Sachverhalt einigermaßen geschützt fühlten.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten ist eine neue Situation eingetreten. Die Befürchtung, dass die Gemeinden absterben und bald keine Juden in Deutschland mehr leben würden, hat sich nicht bestätigt. Durch den Zuzug von mehr als 220 000 Juden aus der früheren Sowjetunion in den letzten zwei Jahrzehnten hat das jüdische Leben sogar eine durchaus feststellbare Auffrischung erfahren. Die ins Land gekommenen Akademiker, meist Ärzte, Ingenieure und Künstler, brachten neuen Wind in die erstarrten Gemeinden.⁹

Allerdings gibt es Widerstände der Alteingesessenen. Sie spüren, dass etwas unwiderruflich zu Ende geht. Die Welt des deutschen Judentums verschwindet ebenso wie die osteuropäische Welt der Klezmermusik, wie das jiddische Theater und die jiddische Literatur und Lyrik. Künftig werden in den Gemeinden die ehemaligen Bürger der Sowjetunion und deren Nachkommen den Ton angeben. Für sie werden Börne und Heine vermutlich genauso nichtssagend sein wie die jiddisch-sprachigen Dichter und Schriftsteller Scholem Aleichem oder Mendele Mocher Sforim. Ist das zu bedauern? Ja und Nein. Die Welt dreht sich weiter, und ein anderes Judentum fasst in Deutschland Fuß. Niemand weiß, wie dieses Judentum künftig aussehen wird. Vielleicht wird es ein neues deutsches Judentum sein. Die Chance besteht jedenfalls.

⁹ Vgl. Eliezer Ben-Rafael u.a., *Building a Diaspora. Russian Jews in Israel, Germany and the USA*, Leiden 2006, S. 93 ff, 157 ff und 251 ff.



Chor International Potsdam unter Leitung von Wolfgang Puwalla



Impressum

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.

Herausgeber: Landtag Brandenburg
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Internet: www.landtag.brandenburg.de
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.brandenburg.de
Bildnachweis: Stefan Gloede
Satz und Druck: Druckerei Feller

